

Jetzt wird's ernst: eine Woche Debatte ums Kaliwerk

Erörterungstermin dauert vom 30. November bis 4. Dezember – drei Tage für Bürger-Einwände eingeplant

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/SARSTEDT. Unter welchen Bedingungen darf der Düngemittel-Hersteller Kali + Salz sein Bergwerk bei Giesen wieder eröffnen und dort eine Fabrik bauen? Diese Frage beschäftigt auch viele Menschen in Sarstedt. Hier wird schließlich der alte Schacht wieder in Betrieb genommen und als Seilfahrschacht genutzt. Erste konkrete Hinweise dürfte es Anfang Dezember geben. Für die Woche vom 30. November bis zum 4. Dezember hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) den Erörterungstermin anberaumt und dafür ob des erwarteten Andrangs die Halle 39 in Hildesheim angemietet.

Hinter dem trockenen Verwaltungsbegriff „Erörterungstermin“ steckt das Kernelement des langwierigen Genehmigungsverfahrens für das Bergwerk. Denn dort treffen alle, die Einwendungen erhoben haben – Behörden, Umweltschutzverbände und vor allem zahlreiche Anlieger – auf die Vertreter von Kali + Salz. Moderiert von LBEG-Mitarbeitern wird über jede Stellungnahme diskutiert. Dabei dürfte auch deutlich werden, welches Gewicht das LBEG als Genehmigungsbehörde den einzelnen Einwänden beimisst und mit welchen Auflagen der Dax-Konzern möglicherweise rechnen muss. Die Entscheidung fällt das LBEG allerdings allein – und erst im nächsten Jahr.

Zu den Kernfragen zählen dabei die Diskussion, ob ein zweiter Kaliberg bei Giesen wirklich, wie vom Konzern erklärt, unabdingbar ist. Umstritten ist auch die Frage, inwieweit die Innerste zusätzlich durch Salzabwasser belastet wird. Ferner geht es darum, ob es keine Alternativen zur alten Kalibahn am Ahrberger Ortsrand gibt – oder dazu, die staubige Luft aus den teilweise mehr als einen Kilometer unter der Erde liegenden Schächten direkt neben einem Wohngebiet in die Luft zu pusten. Mit diesen Themen befassen sich viele der 143 Stellungnahmen, die Bürger eingereicht haben. Hinzu kommen 37 Einwendungen von Kommunen und Behörden



Beim Thema Kaliabbau sollte bald Klarheit herrschen.

Foto: Gossmann

sowie weitere sieben von Umweltschutzverbänden. Die Einwände von Ämtern und Verbänden sollen an den ersten beiden Tagen diskutiert werden. Von Mittwoch, 2., bis Freitag, 4. Dezember, soll es dann um die von Bürgern eingereichten

Stellungnahmen gehen. „Wir werden uns für die Diskussion der einzelnen Anliegen ausreichend Zeit nehmen. Niemand soll am Ende das Gefühl haben, dass seinem Anliegen zu wenig Raum gewährt wurde“, verspricht LBEG-Präsi-

dent Andreas Sikorski. Wer sich beteiligt hat, darf auch am Erörterungstermin teilnehmen – ansonsten ist die Veranstaltung nicht öffentlich.

Bereits im Sommer gab es einen großen Erörterungstermin in Hildesheim,

damals ging es um die Höchstspannungsleitung Wähle-Mecklar. Bei dem Termin wurde unter anderem deutlich, dass die Genehmigungsbehörde den Erdkabel-Forderungen vieler Bürger sehr aufgeschlossen gegenüber steht.